

## Große Anfrage

Fraktion der CDU

Hannover, den 05.05.2015

### Wie groß ist die Arbeitsüberlastung der Polizei?

Die Polizeigewerkschaften beklagen zunehmende Belastungen für die Polizistinnen und Polizisten. So berichtete die *Hannoversche Allgemeine Zeitung (HAZ)* am 30.01.2015 über die Arbeitsüberlastung der Polizistinnen und Polizisten („Polizisten drohen: Notfalls fallen Fußballspiele aus“).

Der Bundesvorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, beklagt in der *HAZ* vom 30.01.2015, durch die vielen Demonstrationen seien die Beamtinnen und Beamten an eine Belastungsgrenze gekommen. Auch fehlten die Polizistinnen und Polizisten an anderer Stelle.

„Es ist doch völlig klar: Wer Fußball, Rocker, Salafisten und Pegida macht, der steht für die Bekämpfung von Wohnungseinbrüchen eben nicht zur Verfügung“, sagte Wendt gegenüber der *HAZ*.

Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Dietmar Schilff, sagte im gleichen Artikel der *HAZ*, man steuere angesichts wöchentlicher Großdemonstrationen und dem Start der Rückrunde der Fußballbundesliga auf eine dramatische Situation zu.

Für 2015 stehen wieder herausragende Großsinsätze wie der G7-Gipfel im Juni an. Hinzu kommen steigende Belastungen durch die Sicherung von Rocker-, Mafia- oder Mhallamiye-Kurdenprozessen, da solche Gerichtsverfahren auch die Sicherung durch die Polizei erfordern.

Zudem muss das Alltagsgeschäft der Polizei ebenfalls bewältigt werden. Die weiterhin hohen Zahlen im Bereich der Wohnungseinbrüche und die Bekämpfung der Cyberkriminalität oder der Verbreitung von Kinderpornografie erfordern ebenfalls Personal.

In der *Neuen Presse* vom 30.01.2015 wird der Vorsitzende der Deutschen Polizeigewerkschaft, Rainer Wendt, zitiert, ein Grund für die Überlastung besonders der Bereitschaftspolizei sei, dass andere Bundesländer eigenes Personal abgebaut hätten und nun bei Großsinsätzen sich bei anderen Bundesländern „kostengünstig Personal mieten“ würden.

Manche Bundesländer steigern hingegen wieder die Einstellungszahlen für den Polizeidienst. Nordrhein-Westfalen plant beispielsweise, in den nächsten drei Jahren 350 zusätzliche Stellen zu schaffen.

Wir fragen die Landesregierung:

1. Wie bewertet die Landesregierung die Belastung der niedersächsischen Polizei?
2. Wie hoch war die Belastung der niedersächsischen Polizei in 2014 durch Demonstrationen, durch Fußballspiele, durch die Sicherung von Fußballspielen und Gerichtsverfahren, durch Maßnahmen zum Schutz vor Rockeraktivitäten, zur Befriedung der Auseinandersetzungen zwischen Kurden und Tschetschenen in Celle und dem Konflikt, der vor dem Krankenhaus in Lüneburg eskalierte, und durch Maßnahmen zum Schutz vor Salafisten und Islamisten?
3. Was sind die Gründe für die nach Aussage der Polizeigewerkschaften gestiegene Belastung der Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten?
4. Wie viele Überstunden haben sich gegenwärtig in den einzelnen Polizeidirektionen Niedersachsens angesammelt?
5. Wie sollen die Überstunden in der niedersächsischen Polizei langfristig abgebaut werden?
6. Wie viele Einsatzstunden leistete die niedersächsische Polizei im Jahr 2014 im Wege der Amtshilfe in anderen Bundesländern (Gliederung nach Bundesländern)?

7. Wie viele Einsatzstunden leisteten Polizeieinheiten anderer Bundesländer in Niedersachsen im Wege der Amtshilfe (Gliederung nach Bundesländern)?
8. Wie viele Polizistinnen und Polizisten wurden im Jahr 2014 bei Einsätzen zu Fußballspielen und Demonstrationen verletzt?
9. Leidet die Kriminalitätsbekämpfung und Aufklärung von Straftaten in Niedersachsen unter der gestiegenen Belastung durch andere Aufgaben?
10. Plant die Landesregierung, in den nächsten Jahren mehr Polizistinnen und Polizisten als bisher geplant einzustellen?
11. Was tut die Landesregierung, um die Vereinbarkeit von Beruf und Familie für die Polizistinnen und Polizisten Niedersachsens zu steigern?
12. Welche Regeln gelten für die Einsatzzeiten der Polizistinnen und Polizisten?
13. Sieht die Landesregierung ein erhöhtes Unfallrisiko bei überlangen Einsätzen der Polizistinnen und Polizisten und wie sind diese bei Unfällen finanziell abgesichert?
14. Wird die Landesregierung als Zeichen des Vertrauens in die niedersächsische Polizei auf ihre Pläne zur individualisierten, anonymisierten Kennzeichnung der Polizei bei geschlossenen Einsätzen verzichten?

Björn Thümler  
Fraktionsvorsitzender